

Ich versuche eigenen Weg zu gehen und kein anderer zu sein

Der thematische Schwerpunkt der heutigen Ausgabe ist ein bisschen speziell. Zum ersten Mal in der Geschichte der Zeitschrift konzentrieren wir uns nicht auf ein Thema im Zusammenhang mit Unternehmen, wie es sonst für die TEMA typisch ist. Wir wollen vielmehr Raum geben für das umfassende Thema: „Die Rolle der Frauen in der Wirtschaft.“

Zu einer Diskussion zu diesem Thema haben wir – etwas ungewöhnlich – die Präsidentin unserer Partnerkammer, Frau Carola Schaar, eingeladen. Mit ihr diskutiert der **Vorsitzende der OHK Most, Herr Rudolf Jung**: „Bitte stellen Sie sich unseren Lesern vor!“

Carola Schaar, Präsidentin der IHK Halle-Dessau:

Gern! Ich wurde am 21. November 1951 in Bitterfeld geboren. Nach meiner Ausbildung zur Industriekauffrau habe ich Betriebswirtschaft studiert und ein Zusatzstudium Pädagogik angeschlossen. Dieses Zusatzstudium hat mir sehr bei meiner Tätigkeit als Lehrausbilderin in der Berufsbildung im damaligen VEB Chemiekombinat Bitterfeld geholfen. Da die Familie für mich einen sehr hohen Stellenwert hat, habe ich nach der Geburt meiner zwei Söhne meine Berufstätigkeit für einige Jahre unterbrochen.

Nach der Wende wurde ich Niederlassungsleiterin für ein westdeutsches Bildungsunternehmen. Das hat mir so viel Spaß gemacht und vor allem meine Kenntnisse und Einblicke in die Führung eines Unternehmens so erweitert, dass ich 1995 meine eigene Firma, die ABASYS GmbH, gegründet habe. Im Jahr 1997 kam sogar noch die Gründung der TUKAN Multimedia GmbH dazu; ein Unternehmen, welches sich mit Softwareberatung und -entwicklung beschäftigt. Bei beiden Unternehmen bin ich die alleinige Gesellschafterin.

Seit 2000 bin ich Mitglied der Vollversammlung der IHK Halle-Dessau. Seit 2004 gehörte ich als Vizepräsidentin dem Präsidium an. Im Jahr 2008 wurde ich zur Präsidentin der IHK Halle-Dessau gewählt.

Vorsitzender Rudolf Jung:

Frau Präsidentin, ich bin sehr froh, dass Sie die Einladung zur Debatte in unserem Magazin angenommen haben. Während wir normalerweise ein wirtschaftliches Schwerpunktthema beleuchten, haben wir dieses Mal „Die Rolle der Frauen in unseren Unternehmen und Kammern“ gewählt. Ich gestehe, dass ich persönlich bei uns keine Frau kenne, die Präsidentin einer regionalen Kammer ist. Sicher ist das auch in Deutschland nicht alltäglich? So haben wir beispielsweise im 36-köpfigen Vorstand der Wirtschaftskammer der Tschechischen Republik nur eine einzige Frau. In der gesamten Tschechischen Republik sind nur 10.000 Firmen im Besitz von Frauen; das sind weniger als drei Prozent der registrierten Unternehmen. Und ca. 70 Prozent der Unternehmen haben keine Frau in strategischen Führungspositionen.

Wenn ich zurück denke an unsere letzte Begegnung anlässlich des Neujahrsempfanges Ihrer IHK in Dessau, habe ich nicht viele Frauen gesehen. Wir haben uns die Mühe gemacht, die Frauen in der Teilnehmerliste zu zählen: von allen anwesenden Gästen waren nur ca. 15 Prozent Frauen. Das erscheint uns nicht sehr viel.

Deshalb stellt sich für uns die Frage, welche Rolle und Bedeutung Sie den Frauen für die Unternehmen Ihres Landes zuordnen? Wie fühlen Sie sich in der Rolle der Präsidentin? Was denken Sie, wie Ihre männlichen Kollegen die Tatsache akzeptieren, dass sie in der Kammer von einer Frau „regiert“ werden?

Frau Präsidentin Carola Schaar:

In der deutschen Kammerlandschaft ist es in der Tat ähnlich wie bei Ihnen, Herr Jung: So bin ich tatsächlich die einzige Präsidentin einer Industrie- und Handelskammer in Deutschland. Zudem könnten wir in unserem IHK-Bezirk durchaus noch viel mehr Unternehmerinnen vertragen. Dennoch ist heute bei uns bereits immerhin jeder dritte Existenzgründer eine Frau. Ca. jede fünfte unserer Mitgliedsfirmen wird von einer Frau geführt. Das ist doch schon eine beachtliche Quote.

Das Wort „Quote“ habe ich hier bewusst gewählt, denn in Deutschland wird immer häufiger der Ruf nach der Einführung einer Frauenquote in der Wirtschaft laut. Ich persönlich und wir als IHK lehnen eine verpflichtende Frauenquote ab. Denn eine solche würde zu großen Schwierigkeiten in der Umsetzung führen und auch nicht die Ursachen für den Mangel an weiblichen Führungskräften beheben. Vielmehr kommt es darauf an, die Rahmenbedingungen für Frauen und Familien zu verbessern. Das ist in Deutschland so und ganz sicher auch bei Ihnen in Tschechien.

In der Rolle der Präsidentin habe ich keine Berührungsängste und fühle mich sehr wohl. Das hat sicher auch mit meiner Entwicklung zu tun. Als allein erziehende Mutter ein Unternehmen aufzubauen und zu leiten, ist schon eine große Herausforderung. Wenn ich da jedes Mal klein beigegeben hätte oder mich gefragt hätte, wie denn männliche Kollegen darüber denken, wäre ich gewiss kaum vorangekommen.

Ich persönlich denke, dass es nicht so wichtig ist, dass ich eine weibliche Präsidentin bin. Die Abstimmung im Präsidium, also im Ehrenamt sowie mit den Präsidenten anderer Kammern funktioniert gut. Und im Hauptamt wird die IHK Halle-Dessau ja durch den Hauptgeschäftsführer, Herrn Dr. Brockmeier, geführt. Auch hier kann ich mich auf eine gute Zusammenarbeit verlassen.

Man hat immer mit Menschen zu tun, die eben männlich oder weiblich sind. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass es darauf ankommt, was jemand leistet oder wie er anderen Menschen gegenüber tritt. Mir persönlich sind Werte wie Fleiß, Disziplin, Fairness, Verantwortung und Partnerschaftlichkeit besonders wichtig. Sicher werde ich deshalb von meinen Kollegen im Präsidium geschätzt und nicht, weil ich eine Frau bin. Und weil ich meinen eigenen Weg gehe und nicht versuche, jemand anderer zu sein.

Jung: Unsere beiden Kammern arbeiten seit Jahren zusammen und ich behaupte, dass es hier nicht nur um eine langfristig stabile Zusammenarbeit geht, sondern dass sie auch einzigartig ist. Wir beide sind damals sozusagen *auf den fahrenden Zug aufgesprungen*, den unsere Vorgänger bereits vor fast 20 Jahren hatten losfahren lassen. Nächstes Jahr folgt die Auswertung unseres 20-jährigen Jubiläums und diese wird dann von uns der Öffentlichkeit vorgelegt. Ich werte die Zusammenarbeit aus meiner Sicht von 12 Jahren sehr positiv, sie ist für unsere Kammer von großer Bedeutung. Frau Präsidentin, wie bewerten Sie die Zusammenarbeit aus der Sicht Ihrer Erfahrungen und Ihrer Amtszeit?

Schaar: Sie haben Recht. Unsere Zusammenarbeit hat sich im Laufe der Jahre stetig weiter entwickelt und spiegelt so auch die wirtschaftliche Annäherung zwischen Tschechien und der Bundesrepublik wider. Nicht alle Partnerschaften bleiben über die Jahre so lebendig wie die zwischen unseren beiden Kammern. Dass die unsrige Bestand hat und über die Jahre immer enger geworden ist, liegt wohl auch daran, dass am Anfang der persönliche, menschliche Kontakt zwischen Unternehmern stand und nicht nur eine papierne Absichtserklärung. Unsere Partnerschaft hat sich immer den Themen gewidmet, die die Unternehmer beider Länder gerade bewegten. Dabei standen neben Kooperationsbörsen für verschiedene Branchen etwa die Reformen in der Berufsausbildung, die Herausforderungen zur Rekultivierung der Tagebaulandschaften oder der Ausbau des Tourismus' im Mittelpunkt.

Mit der Mitgliedschaft Tschechiens im Europäischen Binnenmarkt und dem Wegfall der Grenzkontrollen fielen zudem zahlreiche Barrieren. Mit dem Ausbau der Autobahnverbindungen und der sonstigen Infrastruktur zwischen unseren Ländern sind unsere Regionen sich auch räumlich näher gekommen. In nicht einmal drei Stunden kommt man heute von Halle nach Most; für Geschäfte zwischen unseren Mitgliedern ist das sehr förderlich. Das werden wir auch künftig nutzen, um Macher und Entscheider aus unseren Regionen zusammen zu bringen. Jüngstes Beispiel sind die Aktivitäten der Mitteldeutschen Braunkohle GmbH, ein in der Gesellschafterstruktur hundertprozentig tschechisches Unternehmen.

Jung: Unsere Regionen, in denen wir tätig sind, sind sich in vielerlei Hinsicht sehr ähnlich. Im Wesentlichen werden sie durch die Energetik, Bergbau und Chemieindustrie charakterisiert. Diese Industriezweige ziehen eine relativ hohe Belastung der Umwelt und oft unangenehme Eingriffe ins Leben der in der Region wohnenden Menschen nach sich. Wir haben bereits gelernt, wie wir die Auswirkungen auf das Landschaftsbild mildern können; die Europäische Schule für Rekultivierung (Bem. d. Übers.: Ich nehme an, mit „Schule“ ist die herrschende Vorgehensweise gemeint) ist bei uns genauso vorbildlich wie bei Ihnen. Aber die Auswirkungen auf die kommenden ein oder zwei Generationen, die ihre Interessen und ihr Leben dem gesellschaftlichen Bedürfnis der Rohstoffbeschaffung unterzuordnen haben, sind wieder etwas anderes. Jedes Land versucht die Rohstoffe auf seine eigene Art und Weise zu sichern, aber der Konflikt zwischen den individuellen und gesellschaftlichen Interessen ist z.B. bei uns erheblich, und dadurch natürlich auch von politischen Konflikten geprägt. Ich weiß, dass sich die IHK Halle-Dessau in diesem Jahr mit der Frage der Rohstoffbeschaffung und -sicherung beschäftigt. Diese gehören meiner Meinung nach zu den wichtigsten Parametern zur Sicherung von Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und für die maximale Unabhängigkeit der EU als Ganzes. Wie lautet Ihrer Meinung nach die Strategie der Rohstoffsicherung für die Industrie und Energetik, einschließlich der Lösung möglicher gesellschaftlicher Konflikte und Unruhen?

Schaar: Sachsen-Anhalt ist ein Land mit langer Bergbautradition. Über viele Jahrhunderte wurden hier verschiedene Erze gewonnen. Die entstandenen Abraumkegel sind heute ein charakteristischer Bestandteil der Landschaft. Bis heute werden Kalisalze gefördert, rund zwei Drittel der deutschen Kalisalz-Produktion stammt aus Sachsen-Anhalt.

Bereits seit dem 14. Jahrhundert wird Braunkohle gefördert. In Anbetracht des politisch beschlossenen Ausstieges aus der Kernenergie, der bisher fehlenden Grundlastfähigkeit der erneuerbaren Energien und der stetig steigenden Preise für Öl und Gas, rückt die Braunkohle wieder verstärkt ins Blickfeld. Als reichlich vorhandener und preisgünstiger sowie einzig subventionsfreier Rohstoff zur Sicherung der Energieversorgung besteht derzeit die Absicht, in der Region ein neues Kohlekraftwerk zu errichten und einen neuen Tagebau zu erschließen. Die politischen Entscheidungsträger unterstützen das Projekt. Betroffene Anwohner allerdings sind in einer Bürgerinitiative organisiert und lehnen das Vorhaben ab. Widerstände in der Bevölkerung gegen Infrastrukturvorhaben oder andere Großprojekte haben in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen. Inzwischen gibt es Proteste gegen neue Autobahnen, Schifffahrtskanäle, Hochspannungsleitungen, Windräder oder Rohstoffgewinnungsvorhaben wie Steinbrüche etc.; selbst gegen Gewächshausanlagen wird demonstriert.

Wir als IHK beobachten diese Entwicklung mit Sorge um die weitere wirtschaftliche Entwicklung unserer Region. Nach unserer Auffassung müssen die Ziele geplanter Vorhaben, deren Notwendigkeit und deren Realisierungsmöglichkeiten stärker und noch transparenter als bisher mit der Bevölkerung erörtert werden. Im Gegenzug für diesen zeit- und arbeitsaufwendigen Prozess müssen die dann getroffenen Entscheidungen aber auch belastbar und zügig umsetzbar sein.

Jung: Wenn Sie erlauben, würden wir noch kurz beim Thema Energetik bleiben. Ich finde, dies ist ein schwerwiegendes Thema. Ich weiß nicht, wie es in anderen Ländern Europas ist, aber bei uns hat die politische Entscheidung Ihrer Regierung – Regierung einer der technologisch am

höchst entwickelten Staaten Europas – über die Abschaltung von AKW große Bedenken ausgelöst. In unserem Fall, weil unser Land die vernünftige Entwicklung der Kernenergie als einen Weg für die Sicherung eines ausgewogenen Energiemixes betrachtet, sondern auch wegen der begründeten Bedenken der negativen Auswirkungen auf unser Übertragungsnetz. Gerade die Energie aus den Windkraftanlagen des Ostseegebietes ist wegen der Überlastung des Netzes am meisten gefährdet, weil die BRD für sie kein geeignetes Übertragungssystem nach Süden, zum Ort des größten Verbrauches hat. Außerdem ist es bekannt und bewiesen, dass die erneuerbaren Energien deutlich teurer sind, und in unserem Geschäftsumfeld machen sich Sorgen über die "grünen" Energiepreiserhöhungen und Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrieproduktion breit. Es würde uns sehr interessieren, wie sich die IHK mit den Unternehmen zu dieser Frage positioniert.

Schaar: Sie sprechen ein Thema an, das unsere Unternehmen stark bewegt. Wir als IHK stehen für einen ausgewogenen Energiemix. Alle Energieträger müssen entsprechend ihrer Voraussetzungen gleichermaßen für die Sicherung der Energieversorgung eine Rolle spielen dürfen. Der Kernenergieausstieg war eine politische Entscheidung, mit der wir nun zu leben haben. Wir verlieren aber mit der Kernenergie eine Energieform, die rund um die Uhr preiswerten Strom liefern kann. Für Deutschland, als bedeutenden Industriestandort, war dies in der Vergangenheit eine wichtige Basis. Die Entwicklung geht nun, wie Sie schon richtig sagten, hin zu den erneuerbaren Energien. Diese sind jedoch nicht rund um die Uhr verfügbar und stehen in ihrer Entwicklung noch weit am Anfang.

Leider hat unsere Bundesregierung versäumt, Forschung und Entwicklung stark voranzutreiben. Unser Erneuerbare-Energien-Gesetz hat lediglich dazu geführt, dass wir einen starken Zubau solcher Energieformen haben, die Wirtschaftlichkeit spielte aber viele Jahre eine Nebenrolle. Das kommt nun in zweifacher Hinsicht negativ auf die Wirtschaft zurück: Die Strompreise steigen und die Netzinfrastruktur, verbunden mit nötigen Speichersystemen, muss aufgebaut, zum Teil sogar erst entwickelt werden. Die IHK Halle-Dessau fordert daher von der Bundesrepublik, den Markt stärker in den Fokus zu nehmen. Einzelne Energieträger dürfen nicht dauerhaft von der Allgemeinheit subventioniert werden. Unsere Unternehmen stehen im internationalen Wettbewerb und sind daher auf eine preiswerte und sichere Energieversorgung angewiesen. Hier gibt es noch viel zu tun!

Jung: In letzter Zeit führen fast alle unsere Gespräche durch „Umwege“ zum Thema Wohlstand, Unternehmen, Krise und anderen Fragen. Ich würde zum Schluss gerne Raum für unser ursprüngliches Thema geben - Frauen in der Wirtschaft. Hätten Sie einige Ratschläge, Mitteilungen oder Empfehlungen für unsere Frauen im Business?

Schaar: In Sachsen-Anhalt oder in den ostdeutschen Bundesländern haben wir einen der höchsten Frauenanteile bei Führungskräften. Deshalb ist das gar nicht so sehr unser Problem. Vielmehr müssten mehr Frauen bereit sein, überhaupt Führungsverantwortung zu übernehmen. Dies können sie aber nur, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Deshalb sind z. B. die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, längere Kinderbetreuungszeiten und flexiblere Arbeitszeiten viel wichtiger als eine Frauenquote. Die bisherigen familienpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung wie zum Beispiel das Elterngeld oder der Ausbau der Kinderförderungsangebote haben die Situation zwar verbessert, reichen aber noch nicht aus. Das heißt aber auch, dass sich die Führungs- und Arbeitskultur in deutschen Unternehmen verändern muss. Von einer familienfreundlichen Personalpolitik profitieren sowohl die Beschäftigten als auch die Unternehmen. Ich selbst versuche hier mit gutem Beispiel voranzugehen. Da in meinem Unternehmen überwiegend Frauen beschäftigt sind, bieten wir eine Kinderbetreuung an. Familien leisten viel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und sollten deshalb intensiv unterstützt werden.